

Energiewende fair, verlässlich, gerecht und naturverträglich gestalten - Ohne wenn und aber, vor allem beim Südlink!

Beschluss des Landesparteirats BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

11.03.2017 in Weimar

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen sind als einzige Klimaschutzpartei in Thüringen Treiber einer erneuerbaren, dezentralen und nachhaltigen Versorgung mit Energie. Wir bringen den Ausbau von Wind-, Sonnen- und Bioenergie sowie Wasserkraft ebenso voran, wie wir Einsparpotentiale heben und Energieeffizienzmaßnahmen umsetzen, insbesondere in der Transformation hin zu einer umweltfreundlicheren Wirtschaft. Die Dekarbonisierung der Wirtschaft hat mit den Grünen als Regierungspartei auch in Thüringen begonnen. Gleichzeitig unternehmen wir alle Anstrengungen, um Stromimporte zu reduzieren und damit regionale Wertschöpfung zu stärken. Das Ziel ist eine bilanziell eigenständige Versorgung zu 100 Prozent aus Erneuerbaren und damit klimaschonenden Energien bis 2040.

Energiepolitik ist heute Wirtschafts-, Sozial- und Verbraucherschutzpolitik. Wir setzen uns für eine gerechte Energiepolitik ein, die Akteursvielfalt sichert und Beteiligungsverfahren in allen Bundesländern berücksichtigt. Wir kritisieren die EEG-Novelle, die diese Grundsätze missachtet, auf das Schärfste. Zugleich fordern wir in Richtung Bundesregierung eine gerechte Verteilung der Folgen des Umbaus unserer Energieversorgung. Das gilt für die Angleichung der Netzentgelte im Übertragungsnetz (NemoG) ebenso wie für den Ausbau der Erdkabeltrassen Südlink und Südostlink, über deren beabsichtigten Verlauf die Übertragungsnetzbetreiber Tennet, TransnetBW und 50 Hertz vor wenigen Tagen informierten. Die Vorhabenträger werden demnach noch im März die Bundesfachplanung bei der Bundesnetzagentur beantragen und damit das förmliche Planungsverfahren beginnen.

Wir lehnen den von Tennet als Vorzugskorridor bezeichneten Streckenverlauf des Südlinks ab. Dieser würde Thüringen maximal betreffen, das heißt Thüringen auf der Höhe Nordhausen erreichen, östlich an Mühlhausen vorbei zum Westrand des Thüringer Waldes und durch das Werratal westlich von Meiningen vorbei nach Bayern verlaufen. Im Gegensatz zum planerischen Grundsatz der Geradlinigkeit weicht er am weitesten nach Osten ab, widerspricht damit raumordnerischen Grundsätzen (Zwiebelschalenprinzip, Geradlinigkeit) und wird im Ergebnis länger und teurer. Der Vorzugskorridor gefährdet sensible Naturräume wie das Grüne Band (Ausweisung als bundesweit erstes großflächiges Nationales Naturmonument), das Biosphärenreservat Rhön, den Thüringer Wald und zahlreiche weitere Schutzgebiete. Zugleich werden Optionen der Bündelung mit bestehender Infrastruktur vernachlässigt. Das Gebot der Stunde ist Transparenz aller Planungsprozesse und eine verlässliche Fachplanung. Daher unterstützen wir mit voller Kraft und Leidenschaft die regionalen Bürger*innenproteste. Umso mehr wollen wir eine passgenaue und gerechte Abwägung der Kosten und Konfliktpunkte.

Wir fordern Bundesregierung und Bundesnetzagentur auf, ihrer Sorgfaltspflicht bei der Prüfung der Antragsunterlagen nachzukommen und die Richtlinien für den Bau von Erdkabeltrassen so zu präzisieren, dass sachliche, raumordnerische und naturschutzfachliche Grundsätze für alle Netzbetreiber gleichsam eindeutig umgesetzt werden. Wir lassen nicht zu, dass die Netzbetreiber mit zweierlei Maß messen. Ein allgemein akzeptierter und breit konsentierter Stand der Technik ist die Voraussetzung für fachlich einwandfreie Planungsprozesse. Dieser ist nicht gegeben. Trassenplanungen mit der Brechstange schwächen die Akzeptanz der Energiewende und sind damit der falsche Weg.

Wir fordern den Bund ebenso auf, die Leistung Thüringens beim Ausbau der Netze (Thüringer Strombrücke) anzuerkennen und endlich den vollen Umfang an Übertragungskapazität (4-systemisch) auf der 380-kv-Leitung zur Stabilisierung der Netze zu realisieren, anstatt weitere Großprojekte vorschnell voran zu treiben.